

oder zukünftige deutsche Verfassung - beispielsweise das Recht auf Bildung aufzunehmen. Dagegen habe ich nichts einzuwenden. Man sollte doch aber dieses Recht auf Bildung an der richtigen Stelle einfordern. Es wird hier generell immer „Staat“ geschrieben, immer der Staat muß her, der muß alles bezahlen. Das ist meines Erachtens falsch. Ich habe selber einen studierenden Sohn. Ich sehe es als mindestens selbstverständlich an, daß ich diesem Sohn sein Studium finanziere.

(Dr. Keller, PDS: Was verdienen Sie denn? - Widerspruch bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

Moment mal. Ich möchte dazu sagen, auch mein Vater empfand es als selbstverständlich, mir das Studium zu finanzieren. Er war ein normaler Lehrer, würde man sagen. Ich bekam damals gar kein Stipendium. Der Vater meines Vaters war ein Dorfpastor. Der war sicherlich auch nicht gerade der Reichste oder der Begüterteste.

(Zurufe bei der PDS: Ihre Familiengeschichte interessiert uns nicht!)

Auch er sah es als selbstverständlich an, seinen Kindern das Studium zu ermöglichen.

(Beifall, vor allem bei CDU/DA und DSU)

Derjenige Vater, diejenige Mutter, die das Studium ihrer Kinder finanzieren können, sollen es, müssen es als Pflicht ansehen, Rieses zu tun, oder aber in die Pflicht genommen werden, wenn sie es nicht wollen. Sehen Sie mal, Sie protestieren von der Opposition mit Recht. Warum auch nicht. Sonst macht es hier ja keinen Spaß.

(Dr. Keller, PDS: Wir sind nicht hier, um Spaß zu machen! Hier geht es um ernste soziale Probleme!)

Sie sind zum Beispiel auch gegen ein Sozialhilfegesetz. Dort aber wird genau gefordert: Wenn jemand die Sozialhilfe in Anspruch nehmen will, muß er nachweisen, daß seine Verwandten nicht in der Lage sind, ihn ausreichend zu unterstützen. Und ich halte das für ein ganz wesentliches Solidaritätsprinzip. Dagegen können Sie etwas haben oder nicht. Die Solidarität haben Sie früher auf Ihre Fahnen geheftet, und ich bin der Ansicht, die Solidarität beginnt in der Familie.

(Beifall, vor allem bei DSU und CDU/DA)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Herr Walther, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

- ^Frau Dr. Lucyga (SPD):

Herr Abgeordneter, sind Sie sich bewußt, daß Sie mit Ihrem Plädoyer für die Finanzierung von Studien durch die Eltern die Bildung wieder zu einem Privileg für Begüterte machen?

(Beifall bei PDS, Bündnis 90/Grüne und SPD)

Prof. Dr. Walther (DSU):

Das bin ich mir keineswegs. Das lehne ich sogar ab, was Sie unterschwellig in der Frage sagen. Ich habe am Anfang gesagt: Ich gönne jedem 500 Mark, und er soll sie auch haben, aber nicht vom Staat, nicht generell. Es muß doch ein Unterschied sein, ob Vater, Mutter, Bruder vermögend sind oder ausreichend mit Geldern versorgt sind, um ihre Verwandten im Studium zu versorgen oder Eltern, die ins Pflegeheim gehören. Bei denen, die es nicht können, muß natürlich der Staat eingreifen. Aber ich bin eben dagegen, daß das generell gesagt wird: Erst einmal kriegt jeder dieses Stipendium. Da ist mir egal, ob bei 200,280 oder 500 Mark.

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Frau Förtsch (PDS):

Herr Abgeordneter, ich sehe, daß Sie Ihren Standpunkt hier sehr engagiert vertreten. Ich achte das auch. Aber ich würde Ihnen den Vorschlag machen, damit Sie nicht immer der Opposition den Vorwurf machen, an der falschen Stelle ihre Meinung zu äußern, daß Sie diesen engagierten Vortrag in den nächsten Monaten vielleicht mal vor Arbeitslosen oder Sozialhilfeempfängern halten.

(Beifall bei PDS und Bündnis 90/Grüne - Zurufe: Eine Frage!)

Sind Sie dazu bereit?

Prof. Dr. Walther (DSU):

Warum nicht? Ich bin zu jeder Diskussion über jedes einigermaßen interessante Thema bereit. Das sollte man wissen.

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Gestatten Sie noch zwei Anfragen?

Frau Birthler (Bündnis 90/Grüne):

Ich bin nicht sicher, ob Sie die Frage, die eben von der SPD kam, richtig verstanden haben. Wie stellen Sie sich die Finanzierung des Studiums beispielsweise bei Kindern von Sozialhilfeempfängern vor? Denn unser Sozialhilfegesetz sieht in diesen Fällen keine Unterstützung vor.

(Zurufe: Frage!)

Ich habe gefragt, wie Sie sich das vorstellen.

Prof. Dr. Walther (DSU):

Ich glaube, ich habe das beantwortet. Da ist selbstverständlich der Staat in die Pflicht genommen. Das ist gar keine Frage.

(Beifall bei den Koalitionsfraktionen - Birthler, Bündnis 90/Grüne: Dann müssen wir das Sozialhilfegesetz verändern! - Zurufe: Nein!)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Gestatten Sie noch eine letzte Anfrage?

Frau Wegener (PDS):

Eine ganz kurze Frage: Herr Professor Walther, ist für Sie Studieren Hobby oder Arbeit?

(Prof. Dr. Walther: Das ist doch beides!)

Wenn es Arbeit ist, dann müßte doch wohl ein Mindestsatz, der ein Überleben sichert, garantiert werden können, oder nicht?

(Unruhe im Saal)

Prof. Dr. Walther (DSU):

Ich glaube, diese Frage habe ich mit meiner Stellungnahme schon deutlich beantwortet.

Ich möchte noch etwas anderes sagen: Ich bedauere es sehr, daß hier ausschließlich zu materiellen Dingen gesprochen wird. Aber wenn diese Übergangszeit von drei bis fünf Monaten, wie